

Editorial

Das UN-Kaufrecht wird vierzig

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (kurz: UN-Kaufrecht oder CISG genannt) feiert 2020 seinen vierzigsten Geburtstag. Anders als seine Vorgänger, die Haager Einheitlichen Kaufgesetze von 1964, scheint dem Übereinkommen ein deutlich längeres Leben beschieden zu sein. *Ernst Rabel*, der Initiator der Vereinheitlichungsbemühungen im Bereich des Internationalen Kaufrechts, würde wahrscheinlich mit Genugtuung auf den derzeitigen Stand des UN-Kaufrechts blicken. Es hat sich trotz seiner Schwächen zu einem wichtigen Instrument gemausert, dem weltweit schätzungsweise etwa 80% aller internationalen Kaufverträge unterliegen und das inzwischen zahllose Urteile und wissenschaftliche Abhandlungen hervorgebracht hat. Der ‘Siegeszug’ des UN-Kaufrechts scheint weiterhin ungebrochen, gesellen sich doch fast jedes Jahr weitere Vertragsstaaten hinzu. Kürzlich hat sich auch Portugal dafür entschieden dem Übereinkommen beizutreten und wird, sofern kein anderer Staat zuvorkommt, der vierundneunzigste Vertragsstaat des UN-Kaufrechts werden.¹ Damit wären außer Irland und Malta alle EU-Mitgliedstaaten zugleich Vertragsstaaten des UN-Kaufrechts. Da es auch in mehreren anderen Staaten, die bislang dem Übereinkommen ferngeblieben sind, Überlegungen gibt dem UN-Kaufrecht beizutreten, ist es wohl nur eine Frage der Zeit bis die magische Zahl von einhundert Vertragsstaaten erreicht wird.²

Nun kann sich die praktische Bedeutung des UN-Kaufrechts nach vierzig Jahren sicherlich sehen lassen, wenngleich zuzugebendermaßen nicht ganz deutlich ist, wie häufig es formularmäßig von den Vertragsparteien ausgeschlossen wird. Vielleicht aber wäre *Ernst Rabel* ohnehin noch ein wenig erfreuter, wenn er auf den Einfluss des UN-Kaufrechts schauen würde, den es abseits der internationalen Kaufrechtspraxis gewonnen hat. Denn die Konvention hat sich zu einer wichtigen Referenzquelle für die (Weiter) Entwicklung von Hard und Soft Law entwickelt. Man könnte sogar zu dem Schluss gelangen, dass darin seine noch größere Bedeutung liegt und so maßgeblich zur Rechtsharmonisierung beiträgt. So war das UN-Kaufrecht Inspirationsquelle nicht nur für die Unidroit-Principles, sondern auch für den europäischen Gesetzgeber bei der Erstellung von Richtlinienrecht (siehe etwa die Verbrauchsgüterkaufrichtlinie 1999/44/EG) und für viele Gesetzgeber bei

1 Siehe, <https://dre.pt/application/file/a/139804918> (accessed 21 September 2020).

2 Siehe etwa zur Diskussion in Hong Kong, <https://www.doj.gov.hk/eng/public/CISG.html> (accessed 21 September 2020).

der Schaffung oder Reformierung ihres nationalen Vertragsrechts (wie etwa in Deutschland die Schuldrechtsreform von 2002 zeigt).

Man kann daher konstatieren, dass sich das UN-Kaufrecht bei aller berechtigter Kritik im Einzelnen und allen Unkenrufen zum Trotz zu einem zuverlässigen Instrument zur Regelung des Internationalen Kaufrechts und zu einem wichtigen regulatorischen Referenzmodell entwickelt hat. Dass sich dies in naher Zukunft ändern wird, etwa durch ein neues ‘UN-Kaufrecht 2.0’, ist derzeit nicht absehbar, so dass die Konvention für geraume Zeit eine bedeutende Rechtsquelle bleiben wird.

Kommen wir nun aber zum Inhalt des vorliegenden Hefts. Den Anfang der Aufsatzsektion macht *Wolangiewicz* mit seinem Beitrag ‘The Scope of Defense Against Hostile Takeovers in Poland: Another Argument for the Triviality Thesis’, also einer Problematik, die bisher in der ERPL noch nicht sehr häufig auf der Tagesordnung stand. *Van de Voorde* richtet hingegen sein Augenmerk in seiner rechtsvergleichenden Abhandlung einem anderen Thema, und zwar den ‘Les droits subjectifs inclusifs en droits belge, français et américain analyse à partir du droit aux choses communes (y compris la public trust doctrine), du droit à l’usage des voies publiques et du droit aux biens communaux’. Nicht minder interessant sind die dann folgenden Beiträge von *Wulf* und *Seizov* ‘The Principle of Transparency in Practice: How Different Groups of Stakeholders View EU Online Information Obligations’ und von *Pantazi* ‘I know that I know nothing’: Extraordinary Circumstances in Air Passenger Rights Regulation’. Gerade letztgenannte Fragestellung dürfte durch die Corona-Krise noch einmal besondere Wichtigkeit erlangen. Anschließend beleuchtet *Norros* die immer wiederkehrende und noch stets brisante Problematik der ‘Admissibility of a National Limitation Period under the Principles of Effectiveness in EU Law’. Den Abschluss der Aufsatzsektion bildet der lesenswerte Beitrag von *Hajek* mit dem Titel ‘Online Platform Service Providers on Platform 9¾’, in dem sie sich für einen ‘Call for an Update of the Unfair Contract Terms Directive’ ausspricht.

Terlizzi berichtet dann in ihrem Konferenzbericht über einen gemeinsamen internationalen Workshop der Katholischen Universität Lyon und der Radboud Universität vom 17. Januar 2020 in Lyon zum Thema ‘Resolution of International Disputes: Current Trends and Challenges’.

Den Abschluss bilden drei Buchrezensionen: *Loos* bespricht Gutkins ‘Die Europäisierung der AGB-Kontrolle von Preisänderungsklauseln’, *Van de Voorde* beleuchtet Sgargas ‘Propertizing European Copyright. History, Challenges and Opportunities’ und *Werbrouck* rezensiert das von Inchausti und Hess herausgegebene Werk ‘The Future of the European Law of Civil Procedure’.

Wir wünschen den Lesern der ERPL viel Freude mit dem aktuellen Heft. Bleiben Sie uns auch weiterhin gewogen.

André Janssen
Co-Chief Editor
Radboud University Nijmegen
Email: A.Janssen@jur.ru.nl